

28.11.2012 02:50 Uhr [Lokales Limburg/Lahn](#)

Brechens FDP steht im Abseits 2

Gemeindevertreter kritisieren Vorstoß der Liberalen und werfen ihnen Populismus vor

Für seinen Vorstoß, beabsichtigte Gebührenerhöhungen in einer Pressemitteilung vorab zu verurteilen, bezog der FDP-Gemeindevertreter Sebastian Steul in der jüngsten Sitzung ordentlich "Prügel".

Von Bernhard Trost

Brechen. Dabei ging es seinen Kollegen aus allen anderen Fraktionen sowohl um die Art und Weise der gewählten Auseinandersetzung als auch um den Inhalt der von ihm sowie der FDP Brechen formulierten Mitteilung. Hier wurden Erhöhungen in relativen Zahlen genannt. Außerdem wurde gemutmaßt, dass "die Millionenausgaben für die Sportplätze und die Kosten für den neuen Ortspolizisten jetzt durch Familien und Hausbesitzer finanziert werden". Das sei unsozial, so die FDP-Verfasser. Man könne nicht mit der Brechstange auf einmal alle Steuern und Gebühren erhöhen. Angestanden hatte zunächst die Anpassung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer. Bürgermeister Werner Schlenz (parteilos) hatte nochmals darauf hingewiesen, dass die Gemeindevertretung wegen des defizitären Haushaltes sowie des Haushaltssicherungskonzepts quasi "weisungsgebunden" sei und die Steuern erhöhen müsse. Da habe man dem Grunde nach keine Möglichkeit der Verweigerung.

Erträgliches Mittelfeld

Der Höhe nach (Grundsteuer A und B von 220 auf 240 Prozent, Gewerbesteuer von 310 auf 320 Prozent) liege die Gemeinde in einem erträglichem Mittelfeld. Gerade bei der Gewerbesteuer bestünden Anrechnungsmöglichkeiten bei der Einkommensteuer. Sie sei bei Kapitalgesellschaften Betriebsausgabe, belaste also nur wenig Steuerpflichtige. Aber dieses System hätte die FDP, wie es sich aus ihren populistischen und unsachlichen Vorwürfen ergebe, nicht verstanden, platzte ihm förmlich der Kragen. Habe denn der FDP-Kollege nicht eine der diesbezüglichen Sitzungsunterlagen gelesen? Oder habe er sie nicht verstanden? Da seien Gebührenkalkulationen und -vergleiche sowie die gesetzlichen Grundlagen präsentiert worden. Oder sollte hier versucht werden, mit Polemik Wählerstimmen zu fangen? Realpolitik zum Wohle der Bürger Brechens könne man so nicht machen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Sebastian Frei ärgerte sich ebenfalls über die von der FDP aufgestellten Mutmaßungen, insbesondere dass angepasste Gebühren in Zusammenhang mit dem Sportplatzbau gebracht würden. Es sei unkorrekt, unterschiedliche Projekte miteinander zu vermischen.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Theda Ockenga verurteilte ebenfalls den FDP-Artikel. Die Verfasser hätten lieber etwas Konstruktives in der Gemeindevertretung vorbringen sollen, statt einen sinnlosen und entbehrlichen Rundumschlag vom Stapel zu lassen.

Dem ansonsten so besonnenen FWG-Fraktionsvorsitzenden Gerd Roos war der Ärger um die "FDP-Attacke" anzumerken, denn er erhob seine Stimme zu einer ihm nicht zugetrauten Lautstärke. Hier ginge es um den Umgang miteinander. Man habe es nun zum dritten Mal erlebt, dass die FDP unwahre Behauptungen in die Welt setze. Vor allem trete er entschieden der Unterstellung entgegen, hier in der Gemeindevertretung oder in den Ausschüssen werde "gekungelt".

Wolfgang Höhler (CDU) fasste nochmals die Meinung vieler Kollegen zusammen. Gegen eine Erhöhung von Steuern und Gebühren seien prinzipiell alle Gemeindevertreter. Doch hier habe man nach dem "Landes-Zwang" oder der Weisung übergeordneter Behörden keine Möglichkeiten, sich zu entziehen. So wurden neben

den Steuerhebesätzen die Hundesteuer für den dritten und jeden weiteren Hund von 96 auf 120 Euro, die Gebühren für das Schmutzwasser von 2,25 auf 2,46 Euro pro Kubikmeter, die Benutzungsgebühr Wasser von 1,60 auf 1,93 Euro pro Kubikmeter und die Friedhofsgebühren um 25 Prozent angehoben.

Das ebenfalls durchaus sensible Thema Anhebung der Kindergartengebühren wurde quasi vertagt. Obwohl der Satz nur um moderate Beträge von 110 auf 118 Euro erhöht werden sollte, wollen CDU, SPD und weitere Fraktionen nochmals geprüft wissen, ob nach Übernahme der Kindergärten von der Kirchengemeinde eine grundsätzliche Überarbeitung der Öffnungs- und Schließzeiten und andere mögliche Synergieeffekte zu bislang noch nicht berücksichtigten Ersparnissen führen.

Artikel vom 28. November 2012, 03.23 Uhr (letzte Änderung 28. November 2012, 05.22 Uhr)



[Kommentare](#)

Herbert Schupp schrieb am 28.11.2012 09:37 Uhr

Letzte Zuckungen

Letzte "Zuckungen" einer - nicht nur auf regionaler Ebene - schon lange überflüssigen und nur für sich selbst aktiven Interessengemeinschaft (= "Partei"?)

[Zitieren](#)

Tobias Kress schrieb am 28.11.2012 12:07 Uhr

Gebührenerhöhungen sind nicht Sparen

Die FDP in Brechen ist an einer sachlichen Debatte über Gemeindethemen in der Gemeindevertretung aber auch außerhalb dieser interessiert. Insofern ist es für uns richtig und auch wichtig, anstehende Entscheidungen auch vorab ins Gespräch zu bringen und den Bürger nicht erst nach der Entscheidung mit dem nächsten Gebührenbescheid zu informieren. Die Kritik daran als Partei ein Thema vor oder nach einer Entscheidung in die Presse zu bringen, ist deshalb nicht nachvollziehbar. Der Weg für seine Position zu werben, steht den anderen Parteien ja ebenso frei. Inhaltlich will ich für die FDP in Brechen festhalten, dass wir uns, wie CDU und SPD auch, insbesondere gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren bei den derzeitigen Leistungen gewandt haben. Zusätzlich haben wir die Erhöhung der Gewerbesteuer kritisiert. Die Rechnung des Bürgermeisters ist dabei wenig überzeugend. Wie kann die Erhöhung der Gewerbesteuer keine Belastung für die Gewerbetreibenden bringen, aber dennoch eine Erhöhung der Einnahmen für die Gemeinde? Im Übrigen ist Haushaltskonsolidierung oder Sparen nicht gleichzusetzen mit Gebührenerhöhung. Wir lehnen sicher nicht jede Erhöhung ab, aber es ist eine Frage des Gesamtkonzepts für die Bürger. Im Übrigen sei die CDU an ihr Wahlprogramm aus 2011 erinnert. Darin heißt es: „Wir setzen uns dafür ein, Gebühren und Steuern konstant zu halten für einen verantwortungsvollen

Umgang mit Ihren Steuergeldern.“ Und die SPD schreibt auf ihrer Homepage: „Eines unserer Ziele ist die mittelfristig kostenreduzierte Bereitstellung von Kindergartenplätzen.“ Jeder Fußballer weiß: Abseits ist, wenn der Schiri pfeift. In der Politik entscheidet der geneigte Bürger darüber, ob die FDP im Abseits steht oder nicht.

Tobias Kress

Vorsitzender der FDP-Brechen

[Zitieren](#)

[Kommentar verfassen](#)

Überschrift	<input type="text"/>
Vorname	<input type="text"/>
Nachname	<input type="text"/>
Wohnort	<input type="text"/>
Telefonnummer	<input type="text"/>
Ihr Kommentar	<input type="text"/>

Bestätigung

Bitte geben Sie das Ergebnis folgender Rechenaufgabe in das Lösungsfeld ein.

4 + 5

Lösung *

Hiermit stimme ich zu, dass mein Kommentar als Leserbrief in den Ausgaben der Frankfurter Neue Presse verwendet werden darf.

Bitte beachten Sie:

Anonym oder mit «Gast» signierte Kommentare können wir leider nicht in unseren gedruckten Ausgaben veröffentlichen. Für die Veröffentlichung in unseren gedruckten Ausgaben ist es

presserechtlich notwendig,
dass Sie uns Ihren Namen
und Ihre Anschrift
hinterlassen, für evtl. Fragen
bitte auch eine
Telefonnummer. Wir
behalten uns außerdem vor,
Dopplungen, Beiträge mit
rassistischem, beleidigendem
oder inhaltlich irrelevantem
Inhalt und Texte, die zur
Gewalt aufrufen, ohne
Rücksprache mit den
jeweiligen Urhebern zu
löschen.

Absenden

Bitte beachten Sie: Unser Angebot dient lediglich Ihrer persönlichen Information. Kopieren und/oder Weitergabe sind nicht gestattet. Hier finden Sie Informationen zur [Verwendung von Artikeln](#). Quellen: Mit Material von dpa, AP, dapd, SID und Reuters

© 2012 Nassauische Neue Presse